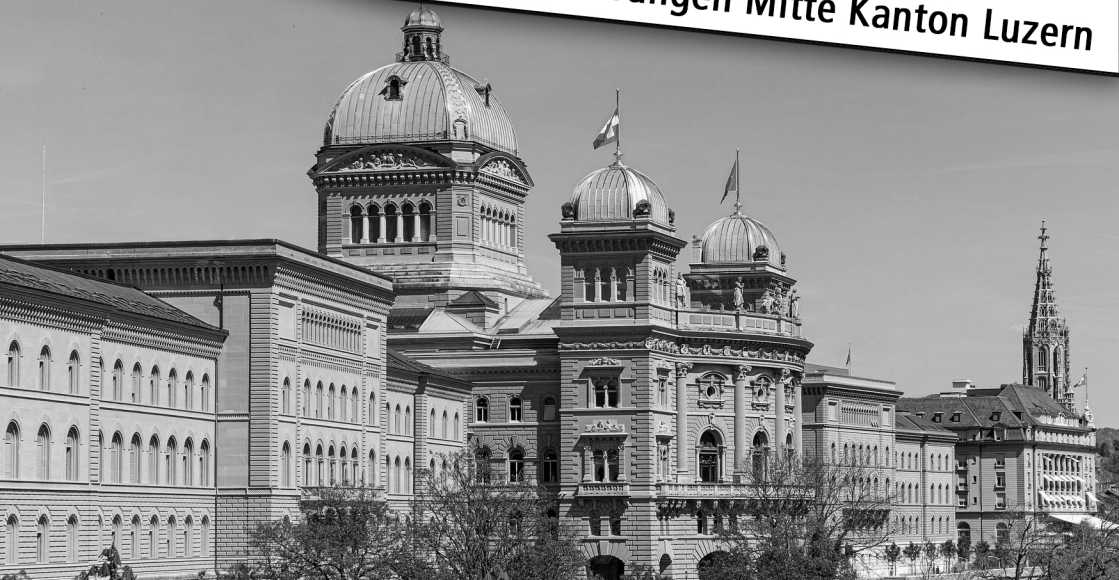


Impuls

13. Juni

Das offizielle Infoheft der Jungen Mitte Kanton Luzern



Inhalt

Editorial	3
-----------	---

Gesicht der Jungen Mitte Kanton Luzern

Josef Lusser	4
--------------	---

13. Juni - Nationale Abstimmungen

Nicht erst handeln, wenn es zu spät ist	6
Zur Abstimmung über das CO2-Gesetz	8
Das COVID-19-Gesetz: Droht die Abschaffung der Demokratie?	10
Tönt gut ≠ ist gut!	11
Der Konsument entscheidet, wie der Bauer produziert	14
Unumgängliche Neuausrichtung	16

Aus der Stadt Luzern

Fair und fortschrittlich	18
--------------------------	----

Gastkolumne von Nationalrätin Priska Wismer-Felder

Das Parlament während der Pandemie	20
------------------------------------	----

Patronatskomitee	23
------------------	----

Impressum	23
-----------	----

Editorial

Liebe Leserinnen

Liebe Leser

Herzlich willkommen zur zweiten Ausgabe des Impuls im neuem Jahr. Im Juni werden wir über zahlreiche wichtige Initiativen abstimmen. Dabei werden wichtige Entscheidungen getroffen. Angefangen bei der Landwirtschaft bis hin zur Kompetenz des Bundesrates in Pandemien. Aber auch das Anti-Terror-Gesetz sorgt für eine rege Diskussion. Wie viel Kompetenzen soll die Polizei erhalten? Für die einen gehen diese Kompetenzen zu weit, für andere ist es notwendig, um gegen zukünftige Terroranschläge gewappnet zu sein.

Für eine ähnliche Diskussion sorgt das Covid-19-Gesetz. Auch hier wird breit diskutiert. Wie viel Befugnisse soll der Bundesrat in der zukünftigen Bekämpfung von Pandemien erhalten? Welche Rolle soll dabei das Parlament spielen und die Bevölkerung? Es lässt sich also sehen, dass der Ausgang dieser Initiativen auch in der Zukunft noch spürbare Folgen haben wird.

Die beiden letzten grossen Initiativen betreffen vor allem die Landwirtschaft. Gemeint damit ist die Trinkwasserinitiative und die Pestizidinitiative. Wie soll die Schweizer Landwirtschaft in Zukunft aussehen ist hier das Stichwort und welche Rolle soll der Kon-



Gilles Ineichen, Redaktionsleiter

sument dabei spielen? Eine ähnliche Fragestellung lässt sich auch beim CO₂-Gesetz stellen. Wie soll das zukünftige Klima und damit die Landschaft in der Schweiz aussehen?

Zu guter Letzt machen wird noch ein Blick auf die Stadt Luzern gemacht. Thema ist das Referendum gegen das neue Park- und Parkkartenreglement. Es ist also ersichtlich, dass am 13. Juni über viele spannende und weitreichende Initiativen abgestimmt wird. Zeit, sich ausführlich Gedanken darüber zu machen.

In diesem Sinne, liebe Leserin und lieber Leser, informiert euch, bildet eure Meinungen und geht an die Urne abstimmen!

Gilles Ineichen

Gesicht der Jungen Mitte

Josef Lusser

Stelle dich doch kurz vor.

Ich lebe mit meiner jungen Familie in der Stadt Luzern. Aufgewachsen bin ich im Kanton Uri, danach lebte ich einige Jahre in Obwalden, bis ich schliesslich nach Luzern gefunden habe. Ich arbeite als IT-Projektleiter bei einer Finanzdienstleisterin in Luzern. Nachdem ich meine Ausbildung zu Dipl. Wirtschaftsinformatiker HF erfolgreich abgeschlossen habe, starte ich nächstens ein Bachelorstudium in Business Information Technology.

Wie hast du zur Jungen Mitte gefunden und wieso bist du geblieben?

An meinem früheren Wohnort war ich ebenfalls schon politisch aktiv. Ich war in einer Kantonalen Kommission vertreten, zu welcher mich der Regierungsrat vorgeschlagen hat. Dieses Mandat führte ich ohne Parteizugehörigkeit aus. Mein Bedürfnis, mich wieder stärker politisch zu engagieren, ist seit ich in Luzern wohnhaft bin stetig gewachsen. So habe ich mich für die Jungen Mitte Luzern entschieden. Als wirtschaftlich liberal und gesellschaftlich progressiv sozial denkender Mensch konnte ich mich am besten mit der Jungen Mitte identifizieren.

Bis jetzt gefällt mir die Agilität, die wirtschaftsnahe Denkweise, die individuelle Machter*innen-Mentalität und das Verständnis und die Offenheit für andere Meinungen innerhalb der Jungen Mitte. Dies sind die



Josef Lusser

Hauptgründe, weshalb ich mich weiterhin für die Junge Mitte engagiere.

Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Ich stehe ein für die soziale Marktwirtschaft. Für die Chancengleichheit, Freiheit und Sicherheit der Mitbürger*innen und Unternehmen. Für die Gleichberechtigung der Menschen. Für den technologischen Fortschritt. Für die Förderung von Innovationen. Für die Bewahrung der Umwelt und die Nachhaltigkeit. Für eine offene Gesellschaft.

Wo liegen deine Schwerpunkte?

Schwerpunkte setzte ich klar in der Digitalisierung. Es ist wichtig für unsere Gesellschaft den Trends von neuen Technologien zu folgen, diese aber auch zu diskutieren. Diese Progressivität ist wegweisend für den sehr

attraktiven Wirtschaftsstandort Schweiz. Aus meiner Sicht fällt es vielen Leuten schwer, die stetig ändernden Anforderungen punkto Digitalisierungsthemen und neuen Technologien für Gesellschaft und Wirtschaft zu verstehen. Hier sehe ich mich als Brückenbauer und Übersetzer.

Wie kann die Junge Mitte Kanton Luzern / Stadt Luzern mehr junge Menschen begeistern?

Aus meinem jetzigem Erfahrungsstand weiss ich, dass die Junge Mitte Stadt Luzern profitiert von Ihrer Dynamik. Dies ist die Grundvoraussetzung, um Verständnis gegenüber jungen Menschen zu haben und diese einzubinden. Dieses Verständnis gekoppelt mit politischer Offenheit lassen zielgruppengerechte und pragmatische Konzepte für eine nachhaltige Begeisterung junger Menschen entstehen. Das macht die Junge Mitte in meinen Augen sehr gut.

National wird bald über zwei Agrar-Initiativen abgestimmt. Die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative. Wie wirst du stimmen und warum?

Die Trinkwasserinitiative wird oft als Mogelpackung stigmatisiert. Heute erhalten Landwirtschaftsbetriebe Direktzahlungen vom Bund, wenn Sie eine Reihe von Umweltauflagen einhalten. Zum Beispiel Anforderungen bezüglich Biodiversität, Tierhaltung, Düngung und Pflanzenschutz. Mit der Annahme erhalten Bäuerinnen und Bauern nur noch Direktzahlungen, wenn diese auf Pestizide verzichten, keine Antibiotika zur Vorbeugung einsetzen und den Tierbestand der eigenen Futterproduktion angepasst wird. Mit dem

gesellschaftlichen Wandel bringt diese Initiative mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und bestärkt die langfristige Klimastrategie 2050. Für einige Betriebe könnte es sich dennoch lohnen, auf Direktzahlungen zu verzichten und weiter Pestizide einzusetzen wie eine Studie von Agroscope aufzeigt. Ich sehe die Initiative als Chance und ein Zeichen in Richtung nachhaltiger Bewirtschaftung unserer Landwirtschaft und nicht als Mogelpackung. Im Fokus steht die Überdenkung der Geschäftsmodelle von Landwirtschaftsbetrieben mit der Opportunität, auf Direktzahlungen zu verzichten. Die Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung bildet die zentrale Rolle und für mich ist deshalb klar, dass ich Ja stimme am 13. Juni 2021.

Bei der Pestizidinitiative werde ich klar Ja auf meinem Stimmzettel ankreuzen. Für die drängende Problematik punkto Rückgang der Biodiversität und der Belastung der Umwelt mit dem Einsatz von chemisch-synthetischer Pestizide ist unsere Landwirtschaft nicht nachhaltig. Für alle Landwirtschaftsbetriebe, welche in Generationen denken, kommt zudem die Übergangsfrist von 10 Jahren sehr entgegen.

In der Stadt Luzern wird über das neue Parkierungskonzept abgestimmt. Wie wirst du stimmen und warum?

Ich schätze die Ziele des Parkplatzkompromisses (Vorschlag Stadtrat) als realistisch und umsetzbar ein. Eine Reaktion auf die Verschärfungen des Grossen Stadtrats gehen zwar in die richtige Richtung, sie setzen jedoch an den falschen Punkten an. Ebenfalls erweckt die Verschärfung den Eindruck, dass

diverse Anspruchsgruppen in Vergessenheit gerieten oder nicht miteinbezogen worden sind. Dies war der Anlass für das Komitee den Kompromiss mittels konstruktiven Referendums einzureichen. Mit Erfolg. Der Kompromiss schlägt Massnahmen wie beispielsweise die minimale und maximale Anzahl privater Parkplätze zentrums- und zonenabhängig zu machen vor. Ebenfalls wird die Parkgebührenstruktur an der heutigen Situa-

tion im Verhältnis zu den Preisen der Parkhäuser angepasst. Mit diesen und weiteren Massnahmen soll das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt entlastet, die Lebensqualität gestärkt, das Gewerbe unterstützt, sowie eine fortschrittliche und ganzheitliche Verkehrspolitik vorangetrieben werden. Deshalb stimme ich dem Parkplatzkompromiss zu, 2x JA zum Gegenvorschlag.

Nicht erst handeln, wenn es zu spät ist

Diese Aussage prägt unseren Abstimmungskampf für das vorliegende Gesetz über Polizeiliche Massnahmen gegen Terrorismus. Die Polizei braucht Instrumente, mit denen sie rechtzeitig und wirksam gegen terroristisch motivierte Personen vorgehen kann. Mit diesem Hintergedanken wurde dieses Gesetz erarbeitet.

*Von Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin
Die Mitte*

In letzter Zeit wird sehr oft von Gruppierungen oder Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, das Referendum zu verabschiedeten Gesetzen ergriffen. Dies unter anderem auch zum Gesetz über polizeilichen Massnahmen gegen Terrorismus (PMT). In jedem Gesetz findet man etwas, das man hinterfragen kann. Die Aufgabe des Parlamentes ist es dann, Kompromisse auszuhan-

deln, damit ein Gesetz mehrheitsfähig wird und es vor allem so auszugestalten, dass es auch umgesetzt werden kann.

Mit dem vorliegenden Gesetz soll die Polizei im Umgang mit Personen, von denen eine terroristische Gefährdung ausgeht, mehr Möglichkeiten erhalten. Es sind Ergänzungen zu den Vorlagen gegen Terrorismusbekämpfung, ganz besonders sind es aber präventive Massnahmen, die der Polizei ein Handeln zugestehen, bevor etwas passiert ist.

Wir haben im Parlament und in der Kommission zum PMT eine fundierte Arbeit geleistet. In der Kommission hatten wir Anhörungen von Verbänden, von der Polizei, von der Staatsanwaltschaft, von Anwälten, von kritischen und befürwortenden Gruppierungen. Die Parteien konnten sich ausgiebig über alle Aspekte dieses Gesetzes informieren.

Forderungen der Die Mitte wurden aufgenommen

Seit Jahren fordern wir, ganz besonders auch Politikerinnen und Politiker der Die Mitte, bessere polizeiliche Massnahmen gegen den Terrorismus, respektive wollen die Überwachung von möglichen Terroristen in der Schweiz verstärken. Das PMT nimmt nun diese Forderungen auf. Wir wollen nicht erst handeln, wenn ein Anschlag verübt wurde, sondern präventiv tätig werden. Dies gefällt nun aber unter anderem einigen Jungparteien, Operation Libero und auch den Freunden der Verfassung nicht. Man unterstellt uns, dass wir Menschen auf Verdacht hin, einfach wegsperren. Das stimmt aber so nicht.

Personen, bei denen polizeiliche Massnahmen im Sinne dieses Gesetzes ergriffen werden, stehen schon länger unter Beobachtung, meist als Gefährder. Neu in diesem Gesetz gibt es die Pflicht, dass sich betroffene Personen bei der Polizei oder einer anderen Behörde regelmässig melden müssen. Auch ein Ausreiseverbot kann gesprochen werden. Und ja, Kindern ab 12 Jahren kann die Ausreise verboten werden, wenn die Gefahr besteht, dass sie im Ausland radikalisiert werden. Und ja, Kinder ab 15 Jahren können unter Hausarrest gestellt werden, aber nur, wenn sie in Verdacht stehen, terroristische Aktivitäten zu planen. Und solche Fälle gibt es leider. Ein Jugendlicher wurde angehalten, als er bepackt mit Bomben eine Moschee in die Luft sprengen wollte. Ein anderer Jugendlicher wollte auf einem Bahnhof Bomben platzieren. Dies sind Beispiele aus der Schweiz, von Anschlägen, die in letzter Minute verhindert werden konnten. Die

Massnahmen in diesem Gesetz gelten nicht nur für Jugendliche, sondern für alle Personen, die im Verdacht stehen, terroristische Aktivitäten zu planen. Übrigens werden Kinder nicht nur in diesem Gesetz strafrechtlich behandelt. Das Jugendstrafrecht gilt ab dem 10. Lebensjahr, ab diesem Alter sind Kinder strafmündig. Und wenn das vorliegende Gesetz greifen soll, sind Eltern oder Erziehungsberechtigte immer involviert. Sehr oft auch, wenn sie selber die Hilfe der Behörden anfordern. Dem Hausarrest muss, auch bei erwachsenen Personen, ein Gericht zustimmen.

Mit diesem Gesetz werden wir nicht massenweise Menschen festhalten, aber die Polizei erhält eine gesetzliche Grundlage, wenn nötig und hoffentlich rechtzeitig, einzugreifen. Mit diesem Gesetz wollen wir nicht Täter, sondern die Opfer schützen. Die Schweiz darf nicht zu einem Land werden, wo sich mögliche Terroristen verstecken können. Leider waren bei mehreren terroristischen Vorfällen, das letzte Mal in Wien, Spuren und Kontakte in die Schweiz nachweisbar.

Danke für ein JA am 13. Juni

Wir erarbeiten ein solches Gesetz nicht, weil wir wieder mal etwas Neues schreiben wollen. Es gibt Vorfälle, wie derjenige von Morges oder derjenige von Lugano, bei denen auch in der Schweiz ein terroristischer Hintergrund vorliegt. Wir erarbeiten diese Gesetze zusammen mit Fachleuten, die damit ein Arbeitsinstrument erhalten und denen wir die Kompetenz zugestehen wollen, damit sie schnell handeln können. Ich habe dieses Gesetz unterstützt und ich stehe dazu, dass

ich eine sichere Schweiz für jede Bürgerin und jeden Bürger will, abgestützt auf ausreichende gesetzliche Grundlagen.

Ich hoffe sehr, dass wir trotz der allgemeinen Passivität der Verbände, die leider sagen, sie

seien von dieser Vorlage nicht betroffen, es schaffen, die Schweizerinnen und Schweizer von der Wichtigkeit dieses Gesetzes zu überzeugen. Wir wollen handeln, bevor es zu spät ist!

Zur Abstimmung über das CO2-Gesetz

Von Karin Stadelmann

Der Klimaschutz geht uns alle an! Wenn wir ehrlich sind, wissen wir das nicht erst seit der Friday-for-Future-Bewegung und dem Klimastreik. Aber diese Bewegungen haben uns die drohende Klimakrise wieder zurück in die Gesellschaft und auf die politische Agenda geholt. Das ist gut, wenngleich Streiken allein noch keine Verbesserungen für das Klima bringen. Klimaschutz ist auch nicht nur eine nationale, sondern eine globale Aufgabe. Das hat die Schweiz aber auch erkannt. Sie hat sich mit der Ratifizierung des Pariser-Klimaabkommen dafür ausgesprochen, bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen zu halbieren und bis 2050 das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Es soll also ein Gleichgewicht zwischen der Menge der produzierten und der aus der Atmosphäre entzogenen Emissionen erreicht werden. Um dieses Versprechen einzulösen, braucht es jetzt aber griffige und verbindliche Massnahmen, welche die Wirtschaft und Gesellschaft in die Pflicht nehmen, zu han-

deln. Diese liegen nun mit dem CO₂-Gesetz vor. Zudem setzen die Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen an.

Einerseits werden die Grenzwerte für den CO₂-Ausstoss verschärft. So sollen z.B. neue Vorschriften für Autoimporteure gelten. Sie werden verpflichtet, schrittweise immer effizientere Fahrzeuge zu verkaufen. Andererseits wird auf die Gebäudesanierung gesetzt, Innovationen für die Industrie gefördert und Flugticketabgaben eingeführt. Der Finanzplatz bzw. die Banken werden dazu verpflichtet aufzuzeigen, welche Klimarisiken sie mit Anlagen eingehen.

Hinter dem Gesetz stehen zahlreiche Verbände und Organisationen, vom WWF bis zur Economie-Suisse. Das ist wichtig, denn um den Klimawandel einzudämmen, brauchen wir eine starke Allianz aus Wirtschaft, Ökologie und Gesellschaft. Offenbar stehen der Klimaschutz und das gemeinsame Handeln aber nicht bei allen an oberster Stelle. Denn wir stimmen über das Gesetz ab, weil die Erdöllobby, die Autoindustrie und einige Exponenten aus SVP und FDP das Referen-

dum ergriffen haben. Sie führen an, die flächenmässig kleine Schweiz hätte kaum einen Einfluss auf den weltweiten Klimawandel. Man müsse mehr auf Eigenverantwortung setzen. Weiter wird damit argumentiert, die Vorschriften des Gesetzes würden den Mittelstand und Familien massiv belasten. Die Abgaben für Öl- und Gasheizungen seien massiv zu hoch. Zudem steige angeblich der Benzinpreis um 12 Rappen pro Liter und das führe dazu, dass für viele KMUs massive Mehrkosten für Treibstoff hinzukommen. Die Flugticketpreise, welche mit der Steuer steigen, könnten sich insbesondere jüngere Menschen nicht mehr leisten.

Die Gegnerschaft vergisst bei ihren Argumenten wesentliche Dinge. Die Schweiz ist flächenmässig vielleicht ein kleines Land, aber sie hat erkannt, dass sie es sich leisten kann und auch leisten muss, gegen die drohende Klimakrise etwas zu tun. Zudem ist unser CO₂ Ausstoss pro Kopf in der Schweiz sehr hoch. Die Abgaben, welche auf fossile Brennstoffe wie Öl und Gas erhoben werden, fallen für den Import an und es sind Lenkungsabgaben. D.h. ein Grossteil dieser Lenkungsabgaben fliessen in den neu gegründeten Klimafonds und werde reinvestiert. Dieser Klimafonds sichert weiterhin z.B. das schweizweite Gebäudeprogramm und fasst verschiedene Finanzquellen für den Klimaschutz unter einem Dach zusammen. Wer klimafreundlich sein Haus oder seine Firma saniert oder ein neues Gebäude mit erneuerbaren Energien baut, wird finanziell unterstützt. Weiter steht das Geld auch für Innovationen wie z.B. Hochwasserschutz oder für Begrünungsprojekte in den Städten zur Ver-

fügung. Das Geld wird den Bürgerinnen und Bürgern also nicht aus der Tasche gezogen, sondern das Geld, was durch die CO₂-Abgaben eingenommen wird, wird reinvestiert und kommt der Bevölkerung wieder zugute. Bei der Ticketbesteuerung für Flugreisen wird z.B. 50% der Einnahmen direkt an die Bevölkerung zurückverteilt. Jeder und jede von uns wird das auf seiner bzw. ihrer Krankenkassenrechnung sehen. Das verfolgte Prinzip des neuen CO₂- Gesetzes lautet also: Wer künftig wenig fossile Energie verbraucht, profitiert, egal ob Privatperson oder Unternehmung. Ich kenne viele Menschen, die sich ihrer ökologischen Verantwortung schon länger bewusst sind, die Eigenverantwortung übernehmen. Die junge Generation, die reist heute bereits gerne mal mit Interrail durch Europa. Wenn es mal eine Reise in ein fernes Land sein soll, dann finden sie es absolut in Ordnung, zukünftig etwas mehr für das Ticket zu bezahlen. Denn Sie wissen, dass dieses zusätzliche Geld bzw. die Ticketbesteuerung so dann in den Klimaschutz reinvestiert wird.

Die Junge Mitte Schweiz spricht sich klar für das Gesetz aus. Die Mitte Schweiz trägt das Gesetz schon seit Beginn im Parlament mit. Man sieht, unserer Partei liegt die ökologische Zukunft in unserem Land am Herzen. Erkennen wir also mit einem JA zum CO₂-Gesetz unseren jetzigen Auftrag für das Klima und somit für uns aber v.a. für die zukünftigen Generationen nach uns!

Das COVID-19-Gesetz: Droht die Abschaffung der Demokratie?

Für die Einen geht das Covid-19-Gesetz zu weit und für die Einen erhält der Bundesrat damit die notwendigen Mitteln, um in Zukunft angemessen auf Pandemien zu reagieren. Doch welche Seite hat nun Recht?

Von Daniel Stadelmann

Wir alle leben schon seit über einem Jahr in einer noch nie dagewesen Krise. Neben viel Solidarität und Durchhaltewillen, braucht es jetzt aber auch gesetzliche Anpassungen mit klaren Regelungen zu den jeweiligen Kompetenzen auf Bundesebene. Das neue COVID-19-Gesetz, über welches wir am 13. Juni abstimmen, legt fest, welche Massnahmen unsere Regierung in dieser anhaltenden Krise treffen darf. Eines vorweg: Dieses Gesetz hat ein «Ablaufdatum» und zwar gilt es bis zum 31. Dezember 2021. Das Gesetz ist wichtig, denn es ermöglicht u.a., dass der Bundesrat schnellere Einfuhrbewilligungen von medizinischen Gütern beschliessen kann, oder dass die Einreise von Ausländer*innen beschränkt werden kann. Zudem kann der Bundesrat Ordnungsbussen für Maskenverweigerer festlegen. Aber noch viel wichtiger ist, dass das neue Gesetz die Unterstützungsmassnahme der von der Krise betroffenen Betriebe und Privatpersonen regelt, also wer Anspruch auf Härtefallhilfen oder andere Unterstützungsgelder erhält. Auch die Grundlage für die Übernahme der Testkosten und die Schaffung eines Impfzettels werden geregelt.

All diese wichtigen Dinge, wären bei einer Nichtannahme bedroht. Wir alle wissen, dass die Impfung und auch die regelmässige Testung der Bevölkerung zwei der momentan wichtigsten Methoden zur Überwindung der Pandemie geworden ist. Wir können uns in diesem Bereich keine Verzögerung mehr leisten.

Was würde bei einem Nein zum COVID-19-Gesetz passieren? Viele Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie und die Regelung der Härtefall-Hilfen, wie die Entschädigung des Erwerbsausfalls von Menschen, die wegen Corona nicht mehr arbeiten können, oder die Unterstützung der Schweizer Kultur, würde die gesetzliche Grundlage entzogen werden. Der Bund könnte also, bis ein neues Gesetz stehen würde, keine Unterstützungsgelder mehr auszahlen.

Die Mitte, FDP, SP, Grüne, Grünliberale und EVP stehen hinter dem Covid-19-Gesetz. Die SVP beschloss die Stimmfreigabe. Bis anhin setzt sich also keine etablierte Partei diesem Gesetz klar entgegen. Und doch stimmen wir am 13. Juni ab und das, weil das Referendum ergriffen wurde.

Hinter dem Referendumskomitee steht der Verein «Freunde der Verfassung». Dieser möchte die «Stellung des Souveräns in der Verfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft» verteidigen. Sie stören sich an der starken Stellung des Bundesrates in der Krise und möchten ein «Zeichen setzen» gegen das, ihrer Meinung nach, schlechte Pandemie-Management. Nebst dem Verein engagiert sich auch die Jugendbewegung «MASSVOLL» für das Referendum.

Die Gegner dieser Vorlage befürchten also einen drohenden Demokratieverlust. Von dem, kann aber absolut keine Rede sein. Denn das Parlament mit National- und Ständerat regelt im Gesetz die Kompetenzen der Regierung, nicht der Bundesrat selbst. Das entspricht dem demokratischen Vorgehen, wie es die Schweiz schon seit Ewigkeiten kennt. Das Gesetz wird also direkt von den von uns gewählten Volkvertreter*innen gemacht.

Folgende Auszüge aus dem Gesetzestext unterstützen diese Aussagen: «Der Bundesrat macht von diesen Befugnissen nur so weit Gebrauch, als dies zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie notwendig ist. Insbesondere macht er davon keinen Gebrauch, wenn das Ziel auch im ordentlichen oder dringlichen Gesetzgebungsverfahren rechtzeitig erreicht werden kann.». Weiter steht «Er [der Bundesrat] bezieht die Kantonsregierungen und die Dachverbände der Sozialpartner bei der Erarbeitung von Massnahmen ein, die ihre Zuständigkeit betreffen.». Von einem «Durchregieren» des Bundesrates kann

also keine Rede sein und auch nicht von einer Machtstellung! Ziel des Covid-Gesetzes ist es, dass die Regierung auf die immer wieder ändernde epidemiologische Lage schnell reagieren kann.

Wir müssen uns bewusst sein, dass der Föderalismus die Schweiz zwar erfolgreich gemacht hat und sehr viele Vorteile mit sich bringt. Fakt ist aber auch, dass der Föderalismus in Krisenzeiten sehr langsam agiert. Diese Zeit können wir uns momentan nicht mehr leisten, denn die Gesundheit der Bevölkerung und viele Existenzen sind bedroht. Die Menschen sind dringend auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Der Gesetzestext kommt – wie erwähnt – vom Parlament und nicht vom Bundesrat selbst. Das Gesetz hat zudem ein Ablaufdatum. Auch konnte das Referendum ergriffen werden. Dies ist auch in Zukunft weiterhin ohne Einschränkung möglich. Ein Verlust an Demokratie ist also keineswegs zu befürchten. Wir brauchen also nicht ein Zeichen, wir brauchen klare gesetzliche Regelungen für diese Krise.

Tönt gut ≠ ist gut!

Von Lara Helfenstein

«Dran an konkreten Lösungen und realistischen Massnahmen»: So beschreibt sich Mitte-Nationalrätin Priska Wismer Felder auf ihrer Website. Am 10. April 2021 hat sie,

zusammen mit ihrem Mann Roland Wismer, die Junge Mitte Schweiz zu einem spannenden, informativen und zuckersüssen Nachmittag zu sich auf dem Hof am Stierenberg in Rickenbach LU eingeladen und bestätigt uns so ihr Image.

Nebst trüchtigem Kätzlein und treuem Goldenen Retriever wurden wir von jungen Schweinchen und neugierigen Milchkühen begrüsst. Die ehemalige Lehrerin führt uns zusammen mit ihrem Mann einmal rund um ihre 26 Hektaren Land. Sie erklärt uns, was es bedeutet, für Kühe, Jungvieh und Mutter-säue da zu sein, wie die Zusammenarbeit mit IP-Suisse funktioniert und welche Anpassungen ihnen bis zum Bio-Siegel noch fehlen.

Die Idee hinter der Zusammenkunft sind die beiden Agrarinitiativen, Trinkwasser und Pestizid, über die es am 13. Juni 2021 zur Abstimmung kommt. Priska, Roland und ein befreundeter Bio-Bauer führen uns herum und erklären uns die Auswirkungen, die die beiden Initiativen mit sich ziehen würden. Oft erhält man den Eindruck, Pestizide würden grosszügig per Giesskanne über den Feldern verteilt. Dabei versuchen schon jetzt viele Bauern, so gezielt und schonend wie möglich damit umzugehen.

Sauberes Grundwasser und Verzicht auf Pestizide - Tönt gut! Dass hier ein Problem vorliegt, welches schnellstmöglich anzugehen ist, soll nicht abgestritten werden. Die beiden Agrarinitiativen bewirken jedoch Gegenteiliges. Deren soziale, wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen auf die Schweiz dürfen nicht unterschätzt werden.

Das Hauptproblem der Trinkwasserinitiative ist die Forderung, jegliches Futter für die Tiere müsse aus Eigenproduktion stammen. Je nach Begebenheit und Ernte der Landwirtschaftsbetriebe ist dies unmöglich umzusetzen. Es verleitet Bauern dazu, aus dem ökologischen Leistungsnachweis «ÖLN» auszu-

steigen, dann gilt für sie diesbezüglich nur noch das Gewässerschutzgesetz und sie können vermehrt wieder Pestizide einsetzen. Folglich sinkt die Anzahl an Biodiversitätsförderflächen, das ist ökologisch gesehen kontraproduktiv. Die Initiative führt zur Schliessung vieler Produktionen und fördert den Fleisch- und Milch-Import aus dem Ausland.

Bezogen auf den Import erscheint die Pestizidinitiative aufrichtiger. Sie fordert dieselben strikten Richtlinien auch bei ausländischen Produkten, die in Schweizer Regalen landen. Sie erzwingt jedoch eine landesweite Produktion auf Bio-Niveau. In unserer Austauschrunde erfahren wir, dass der Marktanteil von Bio Suisse aktuell bei 11 % liegt, was deren Website bestätigt. Können wir bei diesem noch bescheidenen Marktanteil bereits die ganze Landwirtschaft dazu zwingen, ihre Produktionen auf Bio umzustellen, wenn noch nicht mal ein Viertel der Einkäufe rein biologischer Herkunft sind? Bei Umsetzung der Initiative würden die Preise der Produkte anfänglich stark ansteigen. Der Einkaufstourismus würde enorm gestärkt. Deutsche Grenzregionen scherzen bereits über reine «Schweizer Einkaufszentren».

Die Junge Mitte Schweiz kommuniziert ein klares «NEIN» zur Trinkwasserinitiative und fasste an der Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 dann auch die Nein-Parole zur Pestizidinitiative.



Eindrücke vom Besuch
bei Priska Wismer auf
dem Hof am
Stierenberg

Der Konsument entscheidet, wie der Bauer produziert

Regionale, nachhaltige Lebensmittelproduktion wird durch die beiden extremen Agrarinitiativen bedroht. Sie verfolgen dasselbe Ziel wie unsere Bauernfamilien, schießt jedoch deutlich am Ziel vorbei.

Von Hanspeter Renggli

Die Schweiz und ihre familiär geprägten Landwirtschaftsbetriebe sind seit den frühen 90er Jahren weltweit das Mass der Dinge, wenn es um nachhaltige Lebensmittelproduktion geht. Seit 1990 gilt in der Schweiz, der ökologische Leistungsnachweis sprich (ÖLN). Der ÖLN setzt voraus, dass Betriebe, welche vom Bund oder Kanton Gelder für seine geleisteten Arbeiten beantragen, die Vorgaben des ÖLN gesamtbetrieblich erfüllen müssen! Was beinhaltet der ÖLN und was hat das mit den beiden extremen Agrarinitiativen zu tun? Eines vorne weg, die zu extremen Agrarinitiativen preschen klar am Ziel vorbei und verachten die bereits geleisteten grossen Anstrengungen und Leistungen, welche unsere Bauernfamilien auf ihren Betrieben täglich erbringen.

Wenn ich die Trinkwasserinitiative lese, stelle ich fest, dass die Initianten sich mit der aktuellen Schweizer Landwirtschaft und ihren Regeln nur ungenügend auseinandergesetzt haben! Missachten die Initianten, dass seit 1990 nur die Betriebe Direktzahlungen erhalten, welche nach den Richtlinien des ÖLN Lebensmittel produzieren! Der ÖLN enthält strengere Vorschriften in Bezug der gelten-den Gesetze in den Bereichen Gewässerschutz, Tierhaltung und Umweltschutz. Der

ÖLN beinhaltet Massnahmen zur Förderung von Biodiversität und das Einhalten des weltweit einzigartigen Gentechnik Monitorium. Zusammengefasst unter folgenden Punkten:

- Haltung der Nutztiere nach Tierschutzgesetzgebung (verfütterte Futtermittel müssen gentechnisch frei sein und der Einsatz von Antibiotika prophylaktisch und zur Leistungsförderung ist verboten)
- Eine ausgeglichene Düngerbilanz (bedarfsgerechte Düngung der Kulturen)
- Bodenuntersuchung und Analysierung
- Mind. 7% Biodiversitätsförderflächen pro Betrieb
- Vorschriftsgemässe Bewirtschaftung der Objekte im Inventaren von nationaler Bedeutung
- Geregelte Fruchtfolge
- Geeigneter Bodenschutz sowie gezielte Anwendung und Auswahl an Pflanzenschutzmitteln
- Vorgaben an Saat und Pflanzengut (muss gentechnisch frei sein)
- Vorgaben Pufferstreifen entlang von Gewässern oder Waldrand

Die Trinkwasserinitiative fordert in der Bundesverfassung, dass die Schweizer Landwirtschaft dafür sorgt, dass die Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser versorgt werden kann. Die Schweizer Landwirtschaft soll die Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln versorgen! Leider können wir Landwirte diese Ziele auch nach Annahme dieser extremen Initiative nur bedingt beeinflussen! Die Trinkwasserinitiative zielt einzig und alleine auf eine Berufsgruppe, welche mit ihrer täglichen Arbeit die Ernährungssouveränität im Land bewahrt. In den Medien wird seit

Jahren mit dem Finger auf die Landwirtschaft und ihren Einsatz von Pflanzenschutzmittel gezeigt! Aktuell werden in unserem Trinkwasser fast nur Rückstände von Pflanzenschutzmittel beprobt! Forschungsergebnisse belegen jedoch das jährlich 64.8 t Industrie-/Haushaltschemie, 19,8 t künstliche Süsstoffe, 16,9 t Arzneimittel und 0.9 t Pflanzenschutzmittel den Rhein herunterfliessen. Welchen Einfluss können die Schweizer Landwirte auf das Konsumverhalten der Bevölkerung nehmen? Sind es doch die Aufgaben unserer Bauernfamilien unsere Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Doch haben sie keinen Einfluss auf das Konsumverhalten jedes einzelnen Bürgers. Ich halte fest, dass im letzten Jahr 8- 10 % aller importierten Lebensmittel beanstandet wurden, weil Rückstände von Pflanzenschutzmittel festgestellt wurden! Unsere Schweizer Bauernfamilien sollen zukünftig gänzlich auf den Einsatz sämtlicher Pestiziden verzichten! Doch die Folgen wären frappant. Gemäss Studien würden im Bereich Obst und Gemüse 30% - 50% und im Biolandbau bis zu 80% der Erträge ausfallen!

Gemäss den Richtlinien vom ÖLN dürfen die Bauernfamilien betriebsfremde Futtermittel für ihre Nutztiere auf den Hof führen. Die Trinkwasser Initiative fordert, dass nur noch betriebseigene Futtermittel den Nutztieren verfüttert werden dürfen! Schon heute besteht 85% des verfütterten Futters aus betriebseigenem Futtermittel. Bei dem Wiederkäuer, wie Rinder oder Ziegen, ist der Anteil höher als bei Geflügel oder Schweinen! Doch aus was besteht der Grossteil von betriebsfremden Futtermittel? Diese bestehen grossteils aus Nebenprodukte der Lebens-

mittel Industrie, z.B. Getreidekleie (aus Mehlproduktion), Zuckerrübenschnitzel (aus der Zuckerproduktion), Schotte (aus der Käseproduktion), Rapsschrot (aus der Ölproduktion) usw. Sämtliche Produkte werden heute auf unseren zahlreichen Familienbetrieben mit Nutztier veredelt. Bei einer Annahme müssten diese Produkte entweder in Biogas oder Kehrlichtverbrennungsanlagen entsorgt werden, ein ökologischer Unsinn.

Der Konsument mit seinem Einkaufsverhalten und die Politik stellt die Weichen für die zukünftige Schweizer Landwirtschaft. Mit der Annahme dieser extremen Agrarinitiativen produziert das Gesetz ein Produktionsüberschuss, welcher nicht der Nachfrage entspricht. Die Initiativen beinhaltet eine massive Verteuerung der Produktion, diese Kosten müssen an den Konsumenten weitergereicht werden, um auch zukünftig das Überleben unserer Bauernfamilien zu sichern. Die massiv teureren Lebensmittel werden mit den importierten Lebensmitteln nicht mehr mithalten können. Zahlreiche Familienbetriebe werden eingehen. Verloren haben die Natur und unsere Umwelt, denn das Problem wird so nur ins Ausland verlagert. Ja, die Schweizer Landwirtschaft mit ihren familiär geprägten Betrieben sollen auch weiterhin weltweit einzigartig bleiben. Mit dem Absenkungspfad Pflanzenschutz und Nährstoff, hat das Parlament in der Wintersession die Weichen gestellt. Unsere Bauernfamilien werden auch weiterhin gesunde nachhaltige Schweizer Lebensmittel produzieren. Vertrauen wir ihnen und unterstützen ihre Arbeit, indem wir regional, nachhaltig und saisonal konsumieren. Mein Einkaufszettel ist zugleich auch mein Abstimmungszettel.

Unumgängliche Neuausrichtung

Die Trinkwasserinitiative schafft eine zukunftsfähige, gewässerverträgliche Landwirtschaft.

Von Franziska Herren, Mitglied Initiativkomitee

Die Landwirtschaft erreicht trotz Milliarden an Subventionen kein einziges ihrer Umweltziele. Der Grossteil der Gelder fliesst in eine Lebensmittelproduktion, die Umwelt, Trinkwasser und Gesundheit belastet. Die Trinkwasserinitiative will die Subventionen umlenken und für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen, die pestizidfrei und aus eigenem Boden produziert. Zusätzlich unterstützt sie die Bauernbetriebe durch Forschung, Ausbildung und Investitionshilfen. Das schont nicht nur Umwelt, es ist auch ökonomischer.

Die Landwirtschaft in der Schweiz hat einen Verfassungsauftrag. Sie soll die Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen und zugleich die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die Kulturlandschaft pflegen. Dafür erhalten die Bauernbetriebe Milliardensubventionen, die zu den höchsten weltweit gehören. Im Gegenzug bestimmt die Verfassung, dass die Produktion «besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich» ist und dass die Umwelt vor Beeinträchtigungen durch überhöhten Einsatz von Pestiziden und Dünger geschützt wird.

Fehlende Kostenwahrheit

In der Praxis bleibt von diesen Verfassungsgrundsätzen so gut wie nichts übrig. Statt

wie versprochen in eine naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft fliessen die Subventionen – also unsere Steuermittel – in eine Lebensmittelproduktion, die die Gewässer belastet, Biodiversität und Klima schädigt und unser Trinkwasser verschmutzt. Eine Million Menschen in der Schweiz trinken derzeit Wasser, das über dem Grenzwert mit Pestizidrückständen belastet ist.

Derzeit bezahlt die Bevölkerung drei Mal für ihre Lebensmittel: erst mit Subventionen, dann im Laden und schliesslich mit den Folgekosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden von nicht weniger als 7,6 Milliarden Franken im Jahr. 82 Prozent der Subventionen kommen der Produktion tierischer Nahrungsmittel zugute, obwohl sie drei Viertel der Umweltkosten der Landwirtschaft verursacht.

Schädliche Auslandsabhängigkeit

Die Schweizer Landwirtschaft braucht mehr als zwei Energiekalorien aus dem Ausland, um eine Lebensmittelkalorie zu erzeugen. Bei geschlossenen Grenzen würde sie in kurzer Zeit kollabieren. Sie importiert unfassbare 1,2 Millionen Tonnen an Futtermitteln und ist hochgradig abhängig von Pestiziden, Tierarzneimitteln, Saatgut und Agrartechnik aus dem Ausland. Und obwohl die Trinkwasserinitiative Importe von Futtermitteln und Pestiziden deutlich reduziert, spricht der Bauernverband von steigender Auslandsabhängigkeit.

Die Schweizer Tierproduktion ist mehr und mehr zu einer bodenunabhängigen Fleischindustrie geworden. 50 Prozent des Schweizer

Fleischs und 70 Prozent der Schweizer Eierproduktion basieren heute auf Futtermittelimporten. Angetrieben wird diese fatale Entwicklung durch milliardenschwere Fehlanreize der Agrarpolitik.

Mächtige Gegner

Auch die Agrarindustrie bekämpft die Trinkwasserinitiative. Konzerne wie Syngenta oder Fenaco fürchten um ihr lukratives Geschäft mit der Schweizer Landwirtschaft. Allein mit Futtermittelimporten machen sie 1,5 Milliarden Franken Umsatz jährlich – mit steigender Tendenz. Nicht aufkommen müssen sie für die Folgeschäden der mit ihren Futtermitteln massiv aufgestockten Viehbestände: Die Überschüsse an Gülle und Mist führen dazu, dass vier grosse Seen im Mittelland künstlich beatmet werden müssen. Schädliches Ammoniak, ein giftiges Stickstoffgas, schädigt die Biodiversität und schwächt die Waldökosysteme im ganzen Land, im Trinkwasser finden sich stark erhöhte Werte von krebserregendem Nitrat. Mit der Gülle gelangen antibiotikaresistente Bakterien auf unsere Felder und so in unsere Lebensmittelkette und bedrohen unsere Gesundheit ganz direkt.

Eine liberale Lösung

Die Trinkwasserinitiative bietet einen Ausweg aus der agrarpolitischen Sackgasse. Sie lenkt die Subventionen in eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, die pestizidfrei ist und ihre Tiere mit regional erzeugtem Futter ernährt. Zusätzlich werden die Bauernbetriebe durch Forschung, Ausbildung und Investitionshilfen unterstützt. Die Trinkwasserinitiative verfolgt also einen liberalen Ansatz.

Schon heute bieten diverse Produzenten pestizidfreie Produkte ohne Preiserhöhung an. Gipfelkönig Fredy Hiestand nutzt für seine gesamte Produktion seit 2019 ausschliesslich pestizidfrei angebautes Getreide. Auch die Migros will den Weizen für ihre Backwaren bis 2023 pestizidfrei anbauen lassen. Da die Trinkwasserinitiative die Produktion nachhaltiger Lebensmittel stärkt, werden diese für alle Konsument*innen erschwinglich.

Trinkwasserinitiative wirtschaftlicher

Eine aktuelle Studie von Agroscope weist nach, dass höhere Artenvielfalt mehr Ertrag bedeutet. Mischkulturen liefern bis zu dreissig Prozent höhere Ernten als Monokulturen, ganz ohne Einsatz zusätzlicher Pestizide oder Düngemittel. Zugleich hat sich die Schweiz mit den UN-Nachhaltigkeitszielen verpflichtet, ihren Food Waste bis 2030 mindestens zu halbieren. Daher wird bis zum Inkrafttreten der Trinkwasserinitiative die Nachfrage nach Lebensmitteln und auch der Import sinken. Auf den dadurch im Inland frei werdenden Flächen können mit ökologischen Mischkulturen zusätzliche ökologische Lebensmittel angebaut werden.

Die Trinkwasserinitiative bietet eine historische Chance auf Kostenwahrheit und effiziente Ressourcennutzung in der Landwirtschaft. Sie verlangt nicht mehr als die Einhaltung der geltenden Gesetze zum Schutz von Gewässern, Umwelt und Klima. Dass eine solche Landwirtschaft möglich ist, beweisen tausende erfolgreiche ökologische Betriebe seit Jahrzehnten. Die Trinkwasserinitiative unterstützt alle Bauernfamilien, welche Le-

bensmittel im Einklang mit sauberen Gewässern und einer intakten Umwelt produzieren. Und sie macht gesunde, nachhaltig erzeugte Lebensmittel zur neuen Norm und für alle Konsument*innen erschwinglich. Auch in der

Landwirtschaft zeigt sich: Nachhaltige und gesunde Lösungen sind für die Gesellschaft auch wirtschaftlich am günstigsten.

Fair und fortschrittlich

Am 13. Juni wird in der Stadt Luzern über das neue Parkplatz- sowie das neue Parkkartenreglement abgestimmt. Ein breit aufgestelltes Komitee ergriff das Referendum gegen die vom Parlament verschärften Vorlagen.

Von Benjamin Koch, Co-Präsident IG Wirtschaft und Mobilität Luzern, designierter Präsident Wirtschaftsverband Stadt Luzern, Parteileitung CVP Stadt Luzern

Der Stadtrat hat die überalterten Parkplatzreglemente überarbeitet und dafür in einem aufwendigen Verfahren die breite Bevölkerung miteinbezogen. Daraus entstand ein gut schweizerischer Kompromiss, der von allen Beteiligten ein Entgegenkommen erforderte. Der Grosse Stadtrat hat jedoch mit einseitigen Massnahmen zwei der drei Reglemente - das Parkplatzreglement sowie das Parkkartenreglement - unnötig verschärft. Deshalb hat ein breit aufgestelltes Komitee die eher unbekannte Version des «konstruktiven» Referendums ergriffen. In einer Zeit, wo es kaum möglich war, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln, haben wir auf dem mehrheitlich schriftlichen Weg innert Kürze über



Benjamin Koch

1'900 gültige Unterschriften pro Referendum zurückerhalten.

Während der Kompromiss gezielt die Innenstadt entlastet, bezwecken die verschärften Massnahmen eine flächendeckende autoarme Stadt. Davon wären auch die Aussenquartiere massiv betroffen. Die Anzahl der Parkplätze bei Neubauten oder grossen Sanierungen soll teilweise über die Hälfte redu-

ziert werden. Dauerparkieren soll um einen Drittel teurer werden, obwohl die aktuellen Preise im Vergleich zu anderen Städten höher sind und der Preisüberwacher diese bereits als zu hoch beanstandet hat. Zudem sollen Parkplätze künftig vereinfacht abgebaut werden können. Das geht definitiv weit über den ursprünglichen und tragfähigen Kompromiss hinaus. Dazu kommt, dass die Verschärfung mit der aktuellen Klimasituation gerechtfertigt und so zum Beispiel den WWF für diese Vorlage vorgeschoben wird. Wenn wir aber nicht stehen bleiben wollen, benötigen wir Mobilität auch in der Zukunft. Welche klimafreundlichen Fahrzeuge dann auf den Strassen der Stadt herumfahren ist nicht Bestandteil dieser Abstimmung. Doch auch solche Fahrzeuge haben einen gewis-

sen Platzbedarf. Darum ist das Argument Klima bei dieser Abstimmung komplett verfehlt.

Der Vorteil des «konstruktiven» Referendum liegt nun darin, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Luzern am 13. Juni 2021 lediglich über eine Variante des jeweiligen Reglements abstimmen können. Eine gewisse Verschärfung kommt so oder so - entweder die radikalen unattraktiven einseitigen Forderungen der links-grünen Mehrheit im Stadtrat oder den ausgewogenen Parkplatzkompromiss, den der Stadtrat erarbeitet hat: Der faire und fortschrittlich Gegenvorschlag.

www.kompromiss-lu.ch



DROGERIE UND FARBEN
MOOSSTR. 18-20 LUZERN
TEL. 041 210 12 17
WWW.GEHRIG-AG.CH

Das Parlament während der Pandemie - Gastkolumne

Seit Dezember 2019 darf ich im Nationalrat mitarbeiten. Von meinen ersten Eindrücken habe ich bereits in einem früheren Impuls berichtet. Seither haben wieder einige Sessionen stattgefunden. Das Parlament ist von der riesigen Bern-Expo Halle, wohin zwei Sessionen disloziert wurden, wieder zurück ins Bundeshaus gekehrt. Gerne berichte ich euch an dieser Stelle von den Verhältnissen im Bundeshaus während der Pandemie.

Von Priska Wismer-Felder, Nationalrätin

Die Vorsichtsmassnahmen im Parlamentsgebäude sind enorm. Dies in zwei Hinsichten: einerseits was die Gesundheit betrifft, andererseits im Bereich der Sicherheit.

Damit die Ansteckungsrisiken minimiert oder im Idealfall sogar eliminiert werden können, wurden in beiden Ratssälen sowie allen Kommissionenzimmern an den Pulten Plexiglaswände montiert. Die Lüftung wurde optimiert, so dass der Luftaustausch immer gewährleistet ist. Überall herrscht Maskenpflicht. Einzig zum Essen darf diese ausgezogen werden. In der Galerie des Alpes, dem internen Restaurant des Bundeshauses, wurden die Sitzplätze stark reduziert, damit immer ein Abstand von mindestens 1 ½ Metern zur nächsten Person eingehalten werden kann. Besuche im Bundeshaus sind zurzeit leider nicht möglich. Schade, denn eigentlich sind wir hier in der Schweiz auf unser offenes Parlamentsgebäude ja unglaublich stolz. Jeder sollte die Möglichkeit haben, vor Ort die politische Arbeit beobachten zu können. Mit Ausnahme von wenigen Journalisten ist



Priska Wismer-Felder

auch jenen Personen, die eigentlich einen Zutrittsbadge zum Bundeshaus haben, der Besuch vor Ort ist untersagt. Das Haus ist also gegenüber normalen Zeiten sehr leer und ruhig. Nach den Sitzungen finden keine politischen oder gesellschaftlichen Anlässe statt. Dadurch ist der wichtige Kontakt unter den Parlamentariern, vor allem aus den anderen Parteien, nur sehr erschwert möglich. Dies ist in meinen Augen der politischen Arbeit unter der Bundeshauskuppel nicht zuträglich. Tragfähige und breit abgestützte Lösungen findet man nämlich am besten im aktiven Austausch und regelmässigen Gesprächen untereinander.

Eine weitere Massnahme, um Ansteckungen zu vermeiden, sind die Test. Alle, die Zutritt zum Bundeshaus haben, sind angehalten, sich regelmässig testen zu lassen, während den Sessionen zweimal pro Woche. Dies

geschieht mit einem unkomplizierten Spuktest, den wir online registrieren und im Haus abgeben können. Das Resultat wir uns jeweils ein paar Stunden später mittels einer SMS-Nachricht und einer Mail übermittelt. In einzelnen Fällen konnten so Personen mit einem positiven Corona-Befund schnell ermittelt werden, die (noch) keine Symptome verspürt haben, bevor sie andere Personen anstecken konnten.

Hinsichtlich Personensicherheit gab es ebenfalls einige Neuerungen. Dieses Thema beschäftigt mich persönlich sehr. Seit dem Ausbruch der Pandemie mussten die Sicherheitsvorkehrungen im Bundeshaus verschärft werden. Es hat viel mehr Sicherheitskräfte vor Ort. Die Bundesräte sind nun fast immer mit Beamten unterwegs. Schade. Diese Massnahmen wurden jedoch nötig, weil vermehrt Drohungen geäussert wurden. Es ist leider gut spürbar, dass die Nerven bei

einige Bürgern blank liegen und die Unzufriedenheit stark ansteigt. Ich hoffe sehr, dass in diesem Bereich eine schnelle Normalisierung stattfinden wird, wenn die Pandemie dann mal überwunden ist. Die Nähe, der Kontakt und der Austausch ist in unserem direkt demokratischen System ein wichtiger und entscheidender Pfeiler.

Ich freue mich jedenfalls sehr auf den Zeitpunkt, wenn Anlässe wieder vor Ort stattfinden werden und der Austausch unkompliziert und spontan möglich ist. Erst dann werde ich auch berichten können, wie der «Normalbetrieb» in Bern läuft. Diesen habe ich persönlich während meiner Zeit im Parlament nämlich noch gar nicht erlebt...

Vielleicht darf ich dann auch die eine oder andere Person von euch in Bern unter der Bundeshauskuppe begrüssen. Das wäre mir eine grosse Freude!

Steuerberatung
Vorsorgeplanung
Unternehmensberatung
Rechnungswesen
Wirtschaftsprüfung
Liegenschaftsverwaltung

revimag
treuhand ag

Baselstrasse 44
6252 Dagmersellen
Telefon 062 748 31 41
www.revimag.ch

Patronatskomitee

Christian Blunschi, Einwohnerrat, Emmenbrücke
Markus Dürr, alt Regierungsrat, Malters
Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen
Kathrin Graber, alt Einwohnerrätin, Kriens
Konrad Graber, alt Ständerat, Kriens
Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau
Reto Wyss, Regierungsrat, Rothenburg
Marcel Hurschler, alt JCVP-Kantonsrat, Sempach
Pirmin Jung, ehem. Präsident CVP Luzern, Eschenbach
Luzia Kurmann, Buchs
Christoph Lengwiler, alt Kantonsrat, Kriens
Ruedi Lustenberger, alt Nationalrat, Romoos
Erna Müller-Kleeb, alt Kantonsrätin, Rickenbach
Dani Piazza, Kantonsrat, Malters
Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss
Martin Schwegler, ehem. Parteipräsident CVP Luzern, Menznau
Anton Schwingruber, alt Regierungsrat, Werthenstein
Xaver Vogel, Menzberg
Franz Wicki, alt Ständerat, Grosswangen
Franz Wüest, alt Kantonsrat, Ettiswil
Pius Zängerle, alt Kantonsrat, Adligenswil

Impressum

Auflage 1630 Exemplare

Redaktionsleitung Gilles Ineichen, Reiderstrasse 7, 4806 Wikon, jcvp-jmpuls@gmx.ch

Redaktion Tobias Käch, Gilles Ineichen

Layout Esther Unternährer-Hagmann, esther_hagmann@hotmail.com

Präsident der Jungen Mitte Kanton Luzern Luca Boog, Eichenstrasse 1, 6222 Gunzwil, luca.boog@jcvpluzern.ch

Adressverwaltung Lukas Graf, Halde 22, 6263 Richenthal, lukas.graf@jcvpluzern.ch

Inserateverwaltung Martin Fischer, art.fischer@bluewin.ch

Der «Impuls» erscheint viermal jährlich zuhanden der Abonnenten, der Mitglieder der JCVP Luzern sowie der Spender des «Impuls» und der JCVP Kanton Luzern.

Die Abonnementskosten betragen jährlich 10 Franken. Für JCVPler ist der Impuls kostenlos.

Verlegerin ist die JCVP Kanton Luzern.

	AZB
	6110 Wolhusen
	Keine Adressberichtigungen